

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(44. - öffentliche - Sitzung am 8. Januar 2025)

#### Tagesordnung:

1. **Gespräche mit den Behördenleitungen der niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit dem Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig.

2. **Unterstützung für Opfer bildbasierter sexualisierter Gewalt verbessern - spezialisierte Informationsangebote bereitstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5983](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Vorsätzliche Vernichtung von Akten zu laufenden Vorgängen bei der Staatsanwaltschaft Hannover“**

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der CDU, die Landesregierung um Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu bitten.

4. a) **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zur „Strafanzeige gegen Herrn Weil, Herrn Mielke und Herrn Heere wegen des Verdachts der Untreue aufgrund der rückwirkenden Gehaltserhöhung für die Büroleiterin des Ministerpräsidenten“**

Der Ausschuss erklärt einstimmig die von der Landesregierung als vertraulich bezeichneten Teile der vorgelegten Akten für vertraulich gemäß § 95 a der Geschäftsordnung.

b) **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zum Strafermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen des Verdachts der Untreue aufgrund der rückwirkenden Gehaltserhöhung für die Büroleiterin des Ministerpräsidenten einschließlich der Erweiterung des Aktenvorlagebegehrens vom 28. Oktober 2024**

Der Ausschuss erweitert die Tagesordnung um diesen Punkt und erklärt einstimmig die von der Landesregierung als vertraulich bezeichneten Teile der zweiten Tranche der Akten für vertraulich gemäß § 95 a der Geschäftsordnung.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Keine Wiederholungsgefahr nach mehreren Straftaten“**

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der AfD, die Landesregierung um Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu bitten.

6. **Planung der parlamentarischen Informationsreise**

Der Ausschuss setzt die Planung fort.

**Außerhalb der Tagesordnung** kommt der Ausschuss überein, den Sitzungstermin am 15. Januar 2025 entfallen zu lassen.